Kein Trend zur Rekommunalisierung

ie Energiebranche verändert sich rasend schnell - aber manchmal wird nach Jahren des Experimentierens das Rad auch einfach nur zurückgedreht. Man kann das gut an den Stadtwerken erkennen: In den 1990er und frühen 2000er Jahren galten sie vielen Kommunen als entbehrlich. Also verkauften Bürgermeister und Stadträte das Tafelsilber. Oft ging das mit der Erwartung einher, dass davon auch die Kunden in Form von niedrigeren Strom- und Gastarifen profitieren. Viele Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Deshalb möchten viele Kommunen wieder selbst verstärkt Einfluss auf die Energieversorgung nehmen. Prominent sind die Beispiele Berlin und Hamburg.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat sich nun mit der Frage auseinandergesetzt, ob es tatsächlich einen bundesweiten Trend zu einer Rekommunalisierung gibt und ob Energieversorger in öffentlicher Hand die privaten Anbieter vom Markt verdrängen. In einer weiteren Studie untersuchten die Experten, ob kommunale Stromfirmen weniger effizient arbeiten als privatwirtschaftlich organisierte. Das werde zwar oft unterstellt, doch tatsächlich deute darauf nichts hin, schreiben die Autoren. Und zum Trend der Re-Kommunalisierung heißt es, dass dieser bei genauer Betrachtung eigentlich gar nicht stark sei. "Anzeichen, dass öffentliche Energieversorger private Unternehmen verdrängen, gibt es nicht."

VON THORSTEN KNUF



Stadtwerke verdrängen keine privaten Energieversorger und beide arbeiten ebenso effizient. Das sagen keine Privatisierungsgegner, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

So führen die Wissenschaftler aus, dass die Zahl der öffentlichen Energieversorger in den Jahren 2003 bis 2012 um 17 Prozent auf 1100 gestiegen ist. Als Energieversorger gelten dabei Firmen, die im Strom-, Gas- oder Wärmesektor aktiv sind und verschiedene Wertschöpfungsstufen von der Erzeugung bis zum Vertrieb abdecken.

Auch die Zahl der privaten Versorger nahm im genannten Zeitraum deutlich zu – und zwar um 49 Prozent auf rund 1000. Der Zuwachs war damit fast drei Mal so stark. Auch die Umsatzentwicklung der Unternehmen liefere keine Anzeichen dafür, dass die Energieversorgung insgesamt wieder zur staatlichen Angelegenheit wird. Es gebe zwar mehr öffentliche als private Unternehmen, doch kämen die Öffentlichen nur noch auf ein Viertel der Umsätze im gesamten Energiesektor, schreibt das DIW.

Der Umstand, dass es immer mehr Energiefirmen gibt, lässt sich mit den Umwälzungen der Energiewende und den Folgen der Marktliberalisierung erklären. Ein Stadtwerk war in der Vergangenheit vielfach nur ein Stadtwerk. Inzwischen sind oft etliche Einheiten herausgelöst oder ganz neu gegründet worden. Sie operieren selbstständig am Markt und bieten mitunter Dienstleistungen an, die vor zehn oder zwanzig Jahren noch nicht in Sicht waren. Das Gleiche gilt für private Energiefirmen. Auch sie sind oft Neugründungen oder waren früher Teil eines größeren Ganzen.

Kommunalen Energieunternehmen wird oft unterstellt, dass sie nicht so effizient arbeiten wie ihre private Konkurrenz. Sie unterliegen politischer Einflussnahme, sollen verlässlich Geld an ihre Gesellschafter abführen oder den Nahverkehr quersubventionieren. Auch das stimmt nicht, so die Studie: "Unsere Analysen konnten weder für den Stromvertrieb, noch für den Netzbetrieb zeigen, dass Effizienzunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen vorliegen", sagt DIW-Forscherin Astrid Cullmann. Nach der Marktliberalisierung konnten demnach die Firmen beider Gruppen ihre internen Prozesse deutlich verbessern.